

## **Milliardeneinsparungen sind möglich**

### **Studie: Aufträge werden zu selten ausgeschrieben**

**BERLIN** (dpa) Bund, Länder und Kommunen können bei der öffentlichen Beschaffung nach Ansicht der Berater von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) Milliardenkosten einsparen. "Wir könnten die gesamte Neuverschuldung auf einen Schlag abbauen, wenn wir den Einkauf um zehn Prozent günstiger machen würden", sagte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, Axel Börsch-Supan, in Berlin. Das Einsparpotenzial liege bei etwa 36 Milliarden Euro im Jahr. Die Berater kritisieren in einem Gutachten, Aufträge würden häufig ohne Ausschreibung vergeben und der öffentliche Einkauf sei zu wenig transparent.

Die Experten schlugen Änderungen für das neue Vergaberecht vor, für das nach Ministeriumsangaben noch in diesem Jahr ein Entwurf vorliegen soll. Rund jeder sechste Euro des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird dem Beirat zufolge über das öffentliche Beschaffungswesen ausgegeben. (...)

Die Berater warnen davor, den öffentlichen Einkauf immer stärker für andere politische Ziele einzusetzen. So würden Aufträge vergeben, wenn Unternehmen Tariflöhne zahlten oder besonders umweltfreundlich seien. (...)

Das größte Einsparpotenzial sehen die Experten in der stärkeren Bündelung von Einkaufsstellen. Dies könne auch die Korruptionsgefahr senken. (...)

Glos begrüßte die Vorschläge. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll noch in diesem Jahr vorgestellt werden.

*Der vollständige Artikel erschien im Wiesbadener Kurier am 11.08.2007.*